

Danziger Zeitung.



No 17993.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Novbr. (W. T.) Das Kaiserpaar ist heute Morgen 7 Uhr 57 Min. auf der Wildparkstation eingetroffen, wo es von der Prinzessin Friedrich Leopold erwartet wurde; die Majestäten begaben sich sofort in das Neue Palais (Friedrichschron).

Berlin, 15. Novbr. (Privattelegramm.) Die Socialistengesetz-Commission des Reichstags hat das Gesetz bis zum § 9 nach der Vorlage angenommen. Die Anträge Früh, bei § 9 das Versammlungsverbot zu streichen, und Träger, wenigstens die Wahlversammlungen nach ausgeschriebener Wahl auszunehmen, wurden gegen neun Stimmen abgelehnt, nachdem Minister Herrfurth erklärt hatte, der betreffende Absatz gehöre zu den nothwendigsten Waffen des Gesetzes.

— Das Polizei-Präsidium gestattete die Aufhebung des Hauptmann'schen Stückes „Vor Sonnenaufgang“ auf dem Bellealliance-Theater zum 30. November.

Peß, 15. November. (Privattelegramm.) Graf Herbert Bismarck soll bei seiner neulichen Anwesenheit hier erklärt haben, obschon die Türkei sich nicht dem Dreibund anschließen, habe doch der persönliche Verkehr des Kaisers Wilhelm mit dem Sultan erwirkt, daß die Türkei bei künftigen Eventualitäten sicher nicht im Lager der Gegner des Dreibundes zu finden sein werde.

Rom, 15. Novbr. (Privattelegramm.) Der Papst muß das Zimmer hüten. Die Audienzen sind abgesetzt.

— Der Redacteur Bertini, von dem radicalen Blatte „Messagero“, erschoß seine Gattin und seinen Mitredacteur Fantozzi, welche er in seiner Wohnung in flagranti überraschte, und stellte sich sodann selbst den Gerichten.

Athen, 15. Nov. (W. T.) Die Kammer beendigte die Berathung über die Interpellation bezüglich Arzias und nahm mit 72 gegen 54 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an.

Konstantinopel, 15. Nov. (Privattelegramm.) Die Pforte befahl, vier Danzerschiffe auszurufen zur Bewachung der Küste von Areta und zur Verhinderung von Waffenlandungen aus Rußland.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. November.

Epiloge zur Debatte über die Wahlfreiheit.

Der Jörn, zu welchem die Organe der Mehrheitspartei entbrannt sind, die Festigkeit, mit welcher sie in Anknüpfung an die Debatte über den freisinnigen Wahlantrag gegen die Antragsteller, insbesondere gegen den Abgeordneten Richter herfallen, beweist am besten, wie sehr die an dem Wahlbeeinflussungssystem geübte Kritik ins Schwarze getroffen hat. So geht die „Nordb. Allgem. Zeitung“ in einem Leitartikel gegen den „freisinnigen Agitationsantrag“ vor, so polemisiert die „Post“ gegen den „leidenschaftlichen Vorstoß“ des Hrn. Richter und bezeichnet schmunzelnd die Unhöflichkeit ihres Tractationsgenossen Müller, dessen Erwähnung freilich für die auf dem Gebiete der gesellschaftlichen Formen so — rühmlich bekannte „Post“ um so näher lag, als dieser freiconservative Abgeordnete sonst im Parlamentarismus noch ein etwas irgendwie hervorragendes geleistet hat. Wozu der nachträgliche Eärm der governementalen Organe? Welche Jubiliren ja überhaupt darüber, daß der Reichstagsantrag abgelehnt ist und der Antragsteller eine „Niederlage“ erlitten habe. Sie können denn doch von dieser „Niederlage“ nicht so ganz überzeugt sein, wenn sie sich so krampfhaft bemühen, den todtten Antrag noch todter zu machen. Sie wissen und fühlen eben ganz gut, daß die Worte nicht verloren, nicht wirkungslos verhallt sind, die gesprochen worden sind zur Aufhebung des kläglichen Wahlbeeinflussungssystems, dem die jegliche Mehrheit ihre Erstgenz verdankt; sie wissen, daß das ganze Volk ein lebhaftes Interesse hat an den gepflogenen Verhandlungen und es nicht verkennen kann und wird, wo die ausräthigen Vertheidiger seiner besten Rechte sitzen. Und man möge raisonniren so laut und persönlich so gehässig, wie man will — dieses Resultat wird sich nicht verwischen lassen, und das genügt, trotz der Niederstimmung des Antrages selbst.

Welchen Widerhall die Verhandlungen z. B. in Baden gefunden haben, wurde schon gestern in einem Telegramm kurz mitgetheilt; die Ausführungen des Abg. Richter über die badischen Wahlverschiebe erfahren darin eine glänzende Rechtfertigung. Die „N. Bad. Landeszeitung“ weist auch darauf hin, daß mit Ausnahme zweier Staatsbeamten, Marschall und Fieser, eines gewissen und eines jeglichen Staatsanwaltschaftlichen Functionärs, kein sonstiger badischer Abgeordneter sich zum Vertheidiger dieser Dinge aufgeworfen hat, um sodann den schon erwähnten überaus drastischen Weinheimer Fall zu registriren, über welchen es heißt:

In Weinheim ist die Versammlung der Volkspartei aufgelöst worden. Auf die Beschwerde des Wahlcomités beim Minister des Innern hat Herr Turban keine Remede eintreten lassen, sondern er hat die Auflösung der Versammlung als zu Recht bestehend erklärt, indem er den Beschwerdeführern Folgendes mittheilte:

„In Verbindung mit den vorausgegangenen Ausführungen ist bei einem großen Theil der Zuhörer eine große Aufregung hervorgerufen worden, so daß der die Versammlung beaufsichtigende Beamte einzelne Teilnehmer für gefährdet erachtete und somit eine Störung der öffentlichen Sicherheit unmittelbar gewärtigte.“

Auf Grund dieser von dem Weinheimer Beamten beliebigen Auslegung der §§ 4 und 11 des Versammlungsrechtes kann man natürlich die ganze Versammlungsfreiheit bei den Wahlen vernichten. Aber man ist noch weiter gegangen und hat nicht nur in Odersheim eine volksparteiliche Versammlung aufgelöst, sondern sogar in Leutershausen eine Wahlversammlung derselben Partei von vornherein verboten. Gegen diese letzte Handhabung der Wahlfreiheit erfolgte eine Beschwerde an den großherzoglichen Landescommissär Fieser, welcher nicht etwa den Beamten recitirte, sondern den Beschwerdeführern einfach erklärte ließ:

„Nach den gemachten Erhebungen ist unterm 17. Februar d. J. eine Verfügung des groß. Bezirksamts Weinheim nur dahin ergangen, daß, nachdem Rechtsanwalt Rohn in einer Wahlversammlung in Weinheim Anlaß zur Auflösung einer Versammlung gegeben habe, die Abhaltung von Wahlversammlungen, in welchen Rechtsanwalt Rohn von Dortmund das Wort ergreifen will, verboten werden.“

In Folge dieses Verbots hat sich der volksparteiliche Candidat die Mühe erpart, sich den dortigen Wählern vorzustellen. So ist das Ausnahmegesetz gegen die Socialdemokratie auch im Wahlkreise Mannheim-Schwetzingen-Weinheim sogar gegen die Volkspartei so ausgelegt worden, wie die Herren v. Marschall und Fieser in der gestrigen Reichstagsitzung in Abrede stellten, daß es gegen die Socialdemokratie ausgelegt wird.

Was wird Herr v. Marschall dazu sagen? Wird er auch jetzt noch pathetisch von der „Beweislosigkeit“ der vorgebrachten Beschwerden zu sprechen wagen? Oder kennt Herr Marschall das deutsche Wahlgesetz ebensowenig wie das babylonische Vereins- und Versammlungsrecht, nach deren klarem Wortlaut jene Versammlungen zu verbieten niemand befugt war? Er studire den § 17 des deutschen Vereinsrechts wie die §§ 11 und 4 des babylonischen Vereinsrechts und er wird finden, was Recht und was Willkür ist. Wenn man diese Paragraphen unbesangenen Sinnes liest und damit die hier in Frage stehenden Thatfachen vergleicht, dann freilich ist es schwer, die Frage zu bejahen, ob wir in einem Rechtsstaate leben.

Parlamentarische Geschäftsfrage.

Jetzt ist man, wie es scheint, auch in governementalen Kreisen zu der Ansicht gekommen, daß es kaum möglich sein werde, die Reichstagsession bis Weihnachten zu schließen. Die „Staat.-Corr.“ schreibt heute über dieses Thema:

Schon ein Hinweis auf die Etatsberathungen dürfte darthun, daß deren Abschluß wohl geraume Zeit erfordern dürfte, da bei den Verhandlungen in der Budgetcommission wie im Reichstage Anfragen und Anträge auf den Gang der Debatten einen erheblichen Einfluß üben. Von den aber dem Reichstage bereits zugegangenen Vorlagen wird zwar nicht das Bankgesetz, möglicherweise aber das Socialistengesetz längere Verhandlungen erfordern, wenn auch die Hoffnung auf eine Verständigung von der Regierung und der Mehrheit der Betheiligten genährt wird. Im übrigen sind dem Reichstage die auf unsere colonialen Angelegenheiten bezüglichen Vorlagen noch nicht einmal zugegangen; dieselben werden aber voraussichtlich zu eingehenden Debatten führen. Es ist schon, selbst unter der Voraussetzung, daß keinerlei weitere Vorlagen an den Reichstag gelangen, ein solcher Arbeitsstoff vorhanden, daß ein vorzeitiger Schluß des Reichstages geringe Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Die Meldungen, wonach in allen Bundesstaaten bereits von zuständiger Seite Anordnungen zur Aufstellung der Wählerlisten ergangen seien, bezeichnet die „St.-C.“ deshalb als verfrüht. Trotzdem, meinen wir, wird es sich empfehlen, sich für alle Eventualitäten rechtzeitig vorzubereiten.

Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz.

Die dreijährige periodische Revision, welche das Branntweinsteuergesetz hinsichtlich der Contingentirung des Branntweins dem niedrigen Abgabesatze vorschreibt, wird im Herbst des nächsten Jahres zum ersten Mal erfolgen, gleichzeitig mit derselben aber voraussichtlich auch eine Revision der bisherigen Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz selbst. Die zur Zeit bestehenden Vollzugsvorschriften zum Gesetze tragen einen provisorischen Charakter und ihre Zweckmäßigkeit mußte an der Hand der Erfahrung erst erprobt werden. Es haben sich naturgemäß mehrfach Abänderungswünsche geltend gemacht und sind Verbesserungsvorschläge aufgetaucht.

Seit längerer Zeit beschäftigt man sich denn auch, wie die „Staat.-Corr.“ mittheilt, an maßgebender Stelle mit der Sammlung von Materialien, welche geeignet sind, die Grundlage für allgemeine definitive Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz zu bilden. Man benutzt hierbei die praktischen Erfahrungen beim Vollzuge des Gesetzes und wird hierdurch in die Lage kommen, mancherlei Schwierigkeiten und Klagen, die namentlich bezüglich der Controle anstehen sind, in geeigneter Weise zu beseitigen, ohne die Erreichung der Zwecke des Gesetzes zu gefährden. Für den Erlaß der neuen generellen Ausführungsbestimmungen hält man bis jetzt den Zeitpunkt jener eingangs erwähnten Revision als den geeignetesten, ohne daß nach Lage der Sache jetzt schon definitive Beschlüsse gefaßt sind.

Invalideitäts- und Altersversicherung in Norddeutschland.

Die Durchführung der Invalideitäts- und Altersversicherung ist in Preußen, wie wir schon kürzlich berichteten, schon so weit vorgeschritten, daß sich

der Bundesrath in Kürze mit der Angelegenheit zu befassen haben wird. Das Beispiel Preußens scheint übrigens auch bei den übrigen norddeutschen Bundesstaaten Nachahmung zu finden, insofern, als auch diese sich über die Errichtung der Versicherungs-Anstalten im Princip schlüssig gemacht haben. Obenur wird voraussichtlich eine gemeinsame Versicherungsanstalt mit einer preussischen Provinz errichtet, und zwar nicht bloß für das Fürstenthum Sülzb. und Birkenfeld, wie ursprünglich beabsichtigt war. Die Hauptstädte werden dem bei der Gerichtsverfassung schon gegebenen Beispiele folgen und unter sich eine gemeinsame Versicherungsanstalt errichten. Ebenso dürfen sich die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zu einer Versicherungsanstalt vereinen, sobald nur die Fürstenthümer Schaumburg und Lippe augenblicklich noch rückständig sind.

Die ostafrikanische Gesellschaft und der Sultan von Zanzibar.

Von England her war aus Zanzibar die Nachricht gemeldet worden, wonach die Zollverträge der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Zanzibar an den Sultan zurückgegeben sein sollten. Nunmehr ist aber die Mittheilung von amtlicher Stelle erfolgt, daß es sich lediglich um Verhandlungen zwischen dem Sultan von Zanzibar und der Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft über die an den ersteren zu zahlende Jahresmiete für das Zollhaus handelte und daß eine Vereinigung hierüber stattgefunden hat. Daraus ergibt sich, daß das Gegentheil von dem wahr ist, was von englischer Quelle berichtet worden ist.

Das Verhältnis zwischen dem Sultan und der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, wie es durch den bekannten Vertrag vereinbart worden ist, besteht, schreiben hierzu die „Pol. Nachr.“, nach wie vor fort; es ist klar, daß bei einer derartigen Verwaltung ab und zu kleine Differenzen entstehen, die aber entweder, ohne daß die Berliner amtlichen Stellen etwas erfahren, sofort beigelegt oder doch einem gütlichen Ausgleich entgegengeführt werden. Bei dem Interesse, welches die Reichsregierung an dem Fortbestande des Zollvertrages nimmt, wäre es im höchsten Grade zu verwundern, wenn von der einen oder anderen Seite zur Selbsthilfe geschritten würde, ohne daß der amtlichen Vertretung des Reichs in Zanzibar Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Vermittelung einzusetzen zu lassen.

Ueber die Arbeiten des Antisklaverei-Congresses in Brüssel.

werden jetzt verschiedene Einzelheiten bekannt. Seitens des Congo-Landes wurde der Vorschlag gemacht, die Bildung eines internationalen Fonds zur Bekämpfung der Sklaverei zu versuchen. Die portugiesische Regierung hat den Vorschlag gemacht, sämtliche Sklavenmärkte in- und außerhalb Afrika zu schließen. Die an der Brüsseler Konferenz theilnehmenden Staaten sollen sich verpflichten, in ihrer Interessensphäre mit aller Strenge darüber zu wachen, daß alle gegenwärtig bestehenden Sklavenmärkte geschlossen werden. Da Aegypten, Persien und Zanzibar, wenn auch nur bloß mit beratender Stimme, zur Konferenz zugelassen werden, so erwartet Portugal von dem Einflusse dieser drei außereuropäischen Staaten sehr große Vortheile für die Unterdrückung des Sklavenhandels. Ferner hat England bereits mehrere Anträge nach Brüssel gelangen lassen. Zunächst werden die großbritannischen Vertreter den Vorschlag machen, allen in den afrikanischen Gewässern verkehrenden Kriegsschiffen das Recht einzuräumen, verdächtige Schiffe anzuhalten und zu untersuchen. Bisher zeigt sich jedoch Frankreich diesem Antrag abgeneigt. Ein zweiter englischer Vorschlag geht dahin, in Zanzibar ein europäisches Gericht zur Bekämpfung aller gegen die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz verstoßenden Vergehen zu errichten.

Das Ergebniß der italienischen Gemeindevahlen.

Ist bis zur Stunde noch nicht vollständig bekannt, inwiefern man schon jetzt sagen, daß es sich sehr befriedigend sei. Die verhältnismäßig schwache Theilnahme der Wähler, deren zur Abstimmung ersehene Zahl fast überall trotz der Erweiterung des Wahlrechtes eine viel geringere als das vorige Mal war, erklärt sich aus dem Umstande, daß die Clericalen sich diesmal vollständig der Wahl enthielten. Sie scheinen dies nur darum gethan zu haben, weil sie keine Aussicht auf Erfolg hatten. So erklärt es sich, daß manche Städte, in deren Vertretung bisher die Clericalen die Mehrheit hatten, jetzt liberale Gemeinderäthe erhalten. Das ist beispielsweise in Benedig und Verona der Fall. Der Kampf hat sich überall bloß zwischen den anderen Parteien abgespielt, wobei die Radicalen meist unterlegen sind. Sogar in Mailand, wo sie bei der Stärke der dortigen Socialdemokraten sicher auf den Sieg rechnen, haben sie sich in ihren Hoffnungen getäuscht. Das Ergebniß der Municipalwahlen kann daher als ein glückliches für die Regierung und namentlich für Herrn Crispi betrachtet werden, denn die Gemeindevahlen haben sich in Italien stets als ein Gradmesser für die politische Stimmung des Landes erwiesen. Die zwei Städte der Romagna, in welchen es den Socialisten gelang, ihre Candidaten durchzusetzen, bedeuten wenig im Vergleich mit den zahlreichen überraschenden Triumpfen, deren sich die liberale Partei rühmen darf.

Kammerauflösung in Rumänien.

Seit der Rückkehr des Königs Carol haben in Bukarest wiederholte Sitzungen des Minister-raths stattgefunden, welche sich mit der Frage betrefis Auflösung der Kammer und Umbildung

des Cabinets beschäftigten. Ein diesbezüglicher Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt. Die Meldungen der Blätter von einer bereits erfolgten Entschcheidung beruhen auf Conjecturen und sind verfrüht.

Reichstag.

15. Sitzung vom 14. November.

Staatsberathung. — Etat des Rechnungshofes. Abg. Richter: Eben so dringend wie die vom Abg. v. Bennigsen angeregte Schaffung eines Reichs-Finanzministeriums ist eine andere Frage der Reichs-Finanzverwaltung, die Reform des Rechnungshofes. Für den selbständigen Reichs-Finanzminister besitzen wir in dem Schatzsecretär wenigstens ein Currogat, als Rechnungshof des Reiches aber fungirt die preussische Ober-Rechnungskammer und zwar auf Grund eines Gesetzes, das von Jahr zu Jahr verlängert wird. Dieser Zustand kann unmöglich länger dauern, seitdem die Reichs-Finanzverwaltung Jahr aus Jahr ein einen größeren Umfang genommen hat, seitdem die Reichssteuern um 400—500 Millionen gewachsen sind, seitdem wir einen Milliarden-Etat und eine Milliarde Reichsschulden bekommen haben. Ich stelle daher den Antrag: „Den Reichszähler zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwahrung der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts vorzulegen.“

Abg. v. Benda (nat.-lib.): Die Sache ist so oft verhandelt worden, weil wir uns mit erheblich größeren Dingen zu beschäftigen hatten. Ich trage kein Bedenken, diesem Antrage zuzustimmen. Es handelt sich nicht um bestimmte unabänderliche Forderungen, sondern um eine Verständigung mit der Regierung, die sich bei allgemeinem guten Willen wohl wird finden lassen. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Mathahn: Den ehrlichen Willen, ein solches Gesetz zu erreichen, hat die Regierung schon vor Jahren durch Vorlage eines Entwurfs bekundet, der damals nur an den mancherlei Differenzen zwischen Reichstag und Regierung gescheitert ist. Wenn der Abg. Richter den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet hält, die früheren Differenzen zu beseitigen, so mag er seinerseits einen Gesetzentwurf einbringen. Die Voraussetzung Richters aber, als ob die Regierung über jene Differenzen heute einen anderen Standpunkt einnehmen, als heute, ist irrig.

Abg. Richter: Warum soll ich nicht annehmen, daß die Regierung ihren Standpunkt verlassen haben, da sich doch die Lage der Finanzverwaltung völlig geändert hat? Des größeren Umfangs der Reichsfinanzgeschäfte halber ist das Interesse an einer formell geordneten Verwaltung jetzt ein viel größeres, als früher. Jedenfalls muß ich mich dagegen verwahren, daß ein Gesetzentwurf mit so vielen technischen Fragen aus der Mitte des Hauses heraus eingebracht werde. Das ist Sache der Regierung. Ich bitte deshalb um Annahme meines Antrages.

Abg. v. Heldorff (cont.) hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, diese Frage in Angriff zu nehmen.

Staatssecretär v. Mathahn: Wenn der Reichstag den Antrag annimmt, werden die Regierungen sicher die Frage in Erwägung ziehen.

Auf den Antrag Hammachers wird der Antrag Richter an die Rechnungscommission verwiesen.

Bei dem Etat des Reichsamts des Innern kommt Abg. Frohne (Soc.) auf eine neuliche Controverse mit dem Staatssecretär v. Bötticher über die Berichte der Fabrikinspectoren hinsichtlich der Lohnbewegung zurück. Ein Urtheil wie das des Hrn. Staatssecretärs ist sehr Ernst zu nehmen, weil die Behörden im Lande nur zu sehr geneigt sind, sich danach zu richten. Ich frage nun den Hrn. Staatssecretär, wo liegt die Grenze zwischen berechtigten Befürdungen der Arbeiter-Organisation und den sogenannten umstürzlerischen, zu verhindernden Bestrebungen, welche die Fabrikinspectoren gerügt haben? Die socialdemokratischen Bestrebungen haben an sich mit der Lohnbewegung, mit den Strikes gar nichts zu thun. Die Forderungen der Socialdemokratie gehen weit über das hinaus, was durch die Strikes erreicht werden kann. Die Forderungen der Arbeiter werden nicht beachtet, aber die Gutachten und Berichte der Handwerker und Genossenschaften sollen den Herren Fabrikinspectoren zugehen, damit sie sich daraus informieren. Die Forderungen würden den Aufsichtsbearbeitern mindestens ebenso gutes Material geben können, als die Berichte der Arbeiter. Die Jahresberichte der Fabrikinspectoren behaupten, daß das Truchsystem nur in vereinzelten Fällen vorgekommen ist. Das kann nicht richtig sein; denn nach der Generallist ist eine ganze Reihe von Fällen bestraf worden.

Staatssecretär v. Bötticher: Das Truchsystem findet sich hauptsächlich in der Hausindustrie, welche nicht unter die Aufsicht der Fabrikinspectoren fällt; deshalb können auch die Fabrikinspectoren nichts davon wissen. Wo die Grenze liegt zwischen berechtigten und umstürzlerischen Bestrebungen der Arbeiter, das ist nicht durch eine allgemeine Definition, sondern nur im einzelnen Fall zu entscheiden.

Die Abgg. Baumbach und Schrader (freif.) beantragen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage den Entwurf eines Reichsgesetzes vorzulegen, betreffend die weitere Ausbildung der Arbeiter-schulzgesetzgebung in Ansehung der Frauen- und Kinderarbeit.“ Hierzu beantragt Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Hinter den Worten „in Ansehung“ einzuschalten: „der Sonntagsruhe, sowie“.

Abg. Baumbach (freif.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß wenigstens die Jahresberichte der preussischen Fabrikinspectoren ausführlich mitgetheilt werden. Die Zahl der Aufsichtsbeamten sei eine viel zu niedrige. In Sachsen kommt auf 14 000 Arbeiter ein Aufsichtsbeamter, während in Berlin 134 000, im Bezirk Frankfurt Potsdam 170 000 auf einen Aufsichtsbeamten entfallen. Dabei ist es nicht möglich, daß der Beamte ein genaues Bild der Verhältnisse gewinnen kann. Namentlich zeigt sich das bei den Mittheilungen über die Lohnzahlungen und die Eöhnungsfristen. Die angestellten Untersuchungen haben ergeben, daß es keine Wirkung hat, die Zahlungsstage auf einen anderen Tag als Sonntabend zu verlegen. Der „blaue“ Montag verwandelt sich dann immer nur in einen anderen „blauen“ Tag. Offenlich wird es aus Anlaß dieser Ermittlung nicht zu irgend welchen gesetzgeberischen Schritten kommen. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder und der jugendlichen Arbeiter ist wiederum erheblich gestiegen, namentlich in Sachsen. Daß die Zahl der socialdemokratischen Stimmen in Sachsen von 33 000 im Jahre 1871 auf 149 000 im Jahre 1887 gestiegen ist, beweist doch, daß die Verhältnisse nicht so günstig liegen, wie Herr v. Frege sie am Dienstag darzustellen bemüht war. Gerade in Sachsen ist die Kinderarbeit überall in erheblicher Zu-

nahme begriffen, während sie in manchen Bezirken abnimmt. Da muß doch wirklich etwas zur Beschränkung der Kinderarbeit in den Fabriken geschehen. Der Reichstag war über diesen Punkt vollständig einig, ebenso wie darüber, daß die Frauenarbeit eingekürzt werden muß, namentlich bezüglich der Nacharbeit. Wann Herr v. Stumm die Resolution ergangen ist in Bezug auf die Sonntagsarbeit, so ist dagegen nichts einzuwenden, trotzdem die Verhältnisse dabei nicht so einfach liegen wie bei der Frauen- und Kinderarbeit. Man hätte ja mit der Beschränkung der ganzen Frage warten können, bis der detaillierte Antrag des Centrums zur Verhandlung kommt; aber dieser wird wahrscheinlich nicht zur Verhandlung kommen, weil man mit allem Hochdruck dahin arbeitet, noch vor Weihnachtsfest fertig zu werden. Von dem Normalarbeitstag ist in dem Antrage nicht gesprochen worden; das hat uns den Vorwurf des Mangels an Arbeiterfreundlichkeit eingeliefert. Diese Arbeiterfreundlichkeit des Normalarbeitstages mit der Befugnis der Behörden, ihn zu verlängern, ist sehr billig. Die Festsetzung eines Normalarbeitstages von elf Stunden würde für manche Betriebe eine Verlängerung der Arbeitszeit bedeuten und also den Arbeiter schädigen. War denn nicht die Hauptforderung der ausländischen Bergarbeiter die achttündige Normalarbeitszeit? Was würden die Bergleute von elfstündiger Arbeitszeit haben? Im vorigen Jahre habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß die österreichischen Fabrikinspektoren verschiedentlich bei Arbeiterausständen vermittelnd haben, während dies in Deutschland nicht der Fall gewesen ist. Herr v. Bötticher hatte damals auf die Instruktion für die deutschen Fabrikinspektoren hingewiesen. Ja, wenn die Instruktion nur besagte würde; aber wo sind denn die Fabrikinspektoren bei den vielen Streiks des letzten Jahres geblieben? In den Berichten wird danach umhergefragt, ob ein Strike von Socialdemokraten angeführt oder geleitet wird, oder nicht; aber darauf kommt es gar nicht an, sondern nur darauf, ob die Forderungen der ausständigen Arbeiter berechtigt sind. Ob die Leitung nachher socialistisch ist oder nicht, ist Nebensache. Wenn in Dresden, wo es so viel Socialdemokraten giebt, ein Strike ausbricht, so braucht doch der Fabrikinspector sich nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, daß Socialdemokraten dabei behilflich sind. Ich will deshalb den Strike nicht besonders empfehlen, denn abgesehen von den großen wirtschaftlichen Nachtheilen, welche jeder Strike für die Arbeiter zur Folge hat, tritt auch ein großer Produktionsverlust ein. Man sollte möglichst darauf hinwirken, die Strikes zu verhüten. Man hat dafür alle möglichen Mittel empfohlen: die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, die Befreiung des Contractbruchs, die Befreiung der Coalitionsfreiheit. Ich möchte doch den Hrn. Staatssecretär fragen, ob in Bezug auf die Befreiung des Contractbruchs und der Befreiung der Coalitionsfreiheit etwa Erwägungen schweben. Ich bedaure, daß Herr Dethlefsen in seiner neuesten Schrift „Socialer Tagesfragen“ die Frage der strafrechtlichen Befreiung des Contractbruchs der Arbeiter überhaupt für discutabel erklärt hat. Dagegen müssen wir uns auf das allerentschiedenste erklären; denn das wäre nur ein neues Ausnahmegesetz für die Arbeiter, während der Contractbruch in allen anderen Gesellschaftsklassen frei bleiben würde. Wie steht es denn mit den gewerblichen Schiedsgerichten? Wird uns darüber eine Vorlage noch zugehen? Diese werden ja nicht alle Mißstände beseitigen können, aber etwas können sie leisten: sie können eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeiführen. Der Reichstag hat die Resolution wegen der gewerblichen Schiedsgerichte mit großer Mehrheit angenommen; wir müssen für die Nachtheile, welche aus einer Versäumnis entstehen, jede Verantwortung ablehnen. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Bötticher: Der Vorredner ist zu stürmisch, wenn er heute nach der vorjährigen Resolution schon einen fertigen Geheltnus erwartet. Der Bundesrath läßt einen solchen ausarbeiten, der voraussichtlich in der nächsten Session eingebracht werden wird. In Bezug auf die Arbeiterschutzanträge kann ich nichts anderes erklären, als was ich im vorigen Jahre bei dieser Gelegenheit ausgesprochen habe. Der Bundesrath hat nach den damals ausgesprochenen Erwägungen eine ablehnende Haltung den Arbeiterschutzanträgen gegenüber einnehmen müssen, und inzwischen ist nichts eingetreten, was ihn umstimmen könnte. Auf Seiten der Regierung denkt niemand daran, die Coalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschränken. Auch ich werde bei der preussischen noch bei der Reichsregierung irgend welche Anregung auf Befreiung der Arbeiter von Contractbruchs gegeben werden.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Eine so breite Behandlung der Resolution, wie sie gestern und heute hier stattgefunden hat, ist geradezu unerhört. Redner kann jetzt nicht auf alle Auslassungen Baumbachs eingehen; er empfiehlt, für denselben mit seinem Amendement zu stimmen.

Abg. v. Franckenstein erklärt, daß das Centrum für den Antrag Baumbach nicht stimmen könne, weil es selbst einen detaillirten Antrag vorgelegt hat.

Abg. Dethlefsen (nat.-l.): Die nationalliberale Partei wird für den Antrag Baumbach selbstverständlich stimmen; aber ich will nicht verhehlen, daß eine Regelung dieser Frage eigentlich nur durch die Initiative der Regierung zu erwarten ist. Deshalb haben wir die Erklärung des Staatssecretärs v. Bötticher mit großem Bedauern entgegengenommen. Ich kann es nicht mit Stillschweigen übergehen, daß ein Ereignis eingetreten ist, welches den Bundesrath zur Aenderung seiner Ansicht hätte veranlassen können. Der große Ausfall der Bergleute hätte doch wohl den verbündeten Regierungen Veranlassung bieten sollen, sich wieder einmal mit der Frage des Arbeiterschutzes zu beschäftigen; denn außer der Lohnfrage spielen in dieser Arbeiterbewegung viele andere Fragen des Arbeiterschutzes hinein. Die Lohnfrage kam nach allen Auslassungen der Arbeiter erst in zweiter Linie. Geschieht hier nichts von den verbündeten Regierungen, dann werden ganze Strömungen des öffentlichen Lebens von der Gesetzgebung losgelöst. Ich wünsche und hoffe, daß bei den nächsten Wahlen nicht ein einziger Candidat sich seinen Wählern präsentieren darf, der nicht das Versprechen abgibt, auf der Bahn dieser Anträge unentwegt fortzuschreiten. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Frege (cons.): Die Zunahme der socialistischen Stimmen in Sachsen ist nicht aus den schlechten Industrieverhältnissen, sondern der starken Bevölkerungs Zunahme und dem außerordentlichen Zuweg fremder Arbeiter herzuleiten, wie er sich gerade nach Sachsen bemerkbar macht. Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir dem Antrage Baumbach, trotzdem uns die Annahme durch die heutigen Ausführungen des Abg. Baumbach sehr erschwert ist, im Interesse der Sache zustimmen werden, daß wir uns aber vorbehalten, die Arbeiterschutzesgesetzgebung gründlich anzupassen.

Staatssecretär v. Bötticher bemerkt gegen Dethlefsen, daß die Strikes in Westfalen und dem Rheinlande nichts mit der Frage der Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit zu thun gehabt, sondern sich lediglich auf die Lohnfrage bezogen hätten.

Persönlich bemerkt Abg. Baumbach: Herr v. Stumm hat sich über die Länge meiner Rede beklagt. Ja, ich bin nun einmal ein gründlicher Mann, der es mit solchen Fragen ernst nimmt, und werde mich von meiner Abweichung gegen die Oberflächlichkeit auch durch die Erwartung auf eine interessante Rede des Herrn v. Stumm nicht abbringen lassen. Wenn Herr v. Stumm meint, daß es früher, als er im Reichstag sah, hier viel interessanter gewesen, so blühe ich getrost in die Zukunft; wir haben ja Herrn v. Stumm wieder hier. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland

München, 14. Nov. Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augusta Victoria sind heute Nachmittag

gegen 5 Uhr hier eingetroffen und von dem Prinzenregenten, Prinzen Luitpold, welcher die Uniform seines preussischen Artillerieregiments angelegt hatte, empfangen worden. Letzterer begrüßte beim Halten des Juges sofort den Salonwagen und begrüßte den Kaiser, welcher im vorderen Cabinet am Schreibtisch sitzend die Begrüßung augenscheinlich nicht erwartet hatte, aufs herzlichste durch Auf- und Umarmung. Der Kaiser geleitete alsdann den Prinzenregenten in den Nebensalon zu der ebenfalls freudigst übertraflichen Kaiserin. Nach einem Aufenthalt von etwa einer Viertelstunde, während welcher sich die hohen Herrschaften aufs lebhafteste unterhalten hatten, verließ der Prinzenregent, von dem Kaiser geleitet, den Salonwagen und tauschte durch das geöffnete Fenster noch herzliche Worte des Abschiedes mit den kaiserlichen Majestäten. Um 5 Uhr 10 Min. fuhr der Zug nach Berlin weiter.

Berlin, 14. Novbr. Ueber die Reisepläne der Kaiserin Augusta Victoria veröffentlicht die in Athen erscheinende „Ephemeris“ folgendes Programm: Von Athen aus wird die Kaiserin nur zwei kürzere Ausflüge unternehmen, den einen nach Marathon und einigen geschichtlich berühmten Orten in Attika und Böotien, den zweiten nach Triana und Athenae unter der Begleitung des Dr. Schlemmer. Am 21. November wird alsdann im hgl. Schloß der Geburtstag der Kaiserin begangen werden, worauf dieselbe am folgenden Tage in Gesellschaft der gesamten griechischen Königsfamilie von Athen abreist. Die Fahrt geht bis Patras mit der Bahn, von da mittels Wagen nach Olympia. Nach Patras zurückgekehrt, wird die Kaiserin mit den Prinzessinnen-Töchtern, wahrscheinlich auch mit dem Könige und dem Kronprinzipalpaar an Bord der hgl. Yacht „Amphitrite“ nach Corfu fahren und in dem dortigen Palais des Königs Georg auf einige Tage Wohnung nehmen. Die Kaiserin von Oesterreich ist daselbst bereits am 6. November eingetroffen, und es findet somit eine Begrüßung der beiden Kaiserinnen statt. Von Corfu wird die Kaiserin Friedrich an Bord der „Amphitrite“ nach Brindisi überfahren, ihre Rückreise nach Deutschland wird alsdann nur noch durch einen mehrtägigen Aufenthalt in San Remo unterbrochen werden. In Athen besuchte die Kaiserin am Donnerstag das deutsche archäologische Institut unter der Führung des Directors Dörpfeld, indem sie sich sehr eingehend über die Aufgaben und die bisherigen Leistungen des Instituts unterrichten ließ. Am Abend unternahm die Kaiserin mit den Prinzessinnen Victoria und Margarete, sowie in Begleitung des russischen Thronfolgers und des Prinzen Georg von Griechenland einen Rundgang durch die Bau- und Denkmäler der Akropolis, um diese beim Mondlicht in Augenschein zu nehmen. Erst nach 10 Uhr verließen die Herrschaften die Burg. — Bei ihren sonstigen täglichen Spaziergängen, welche die Kaiserin zur Beschäftigung der klassischen Alterthümer unternimmt, läßt sich dieselbe gewöhnlich nur von Herrn Leon Rangabé begleiten; die Kaiserin führt hierbei stets ein Zeichenalbum mit sich und bringt oft stundenlang damit zu, die Denkmäler abzuzeichnen. Besonders hat dieselbe sehr detaillirte Skizzen des Parthenons hergestellt.

Berlin, 14. November. Der Cultusminister hat jüngst eine Entscheidung getroffen, wonach es unzulässig ist, daß an die Schulkinder die Forderung der Beibringung von durchaus gleichwerthigem Arbeitsmaterial für den Industrieunterricht gestellt wird. Eine solche Forderung überschreitet danach durchaus das Maß der Ansprüche, welche die Schule an die materiellen Leistungen der Eltern zu stellen berechtigt ist. Es kann im Interesse eines gedeihlichen Unterrichtens allerdings als wünschenswerth hingestellt werden, daß die Mütter möglichst das gleiche Arbeitsmaterial beibringen, aber ein Zwang kann nur insoweit ausgeübt werden, als das von den Eltern zu stellende Material derart sein muß, daß es eine Unterweisung in dem Unterrichtsgegenstande ermöglicht.

In einer neuerlichen Verfügung hat der Cultusminister betont, daß es mit der dienlichen Ordnung unvereinbar und daher unsittlich ist, wenn ein Lehrer Zeit und Kräfte der Kinder, sei es während oder außer der Schulpflicht, in seinem Interesse in Anspruch nimmt, selbst dann, wenn die Arbeit von den Schülkern freiwillig übernommen wird und ohne körperliche Anstrengung auszuführen ist.

Der Marineetat. Die Budgetcommission des Reichstags erledigte am Donnerstag das Ordinarium des Marine-Etats. Der Antrag der freisinnigen Partei, den Betrag von 40 000 Mk. für die Unterhaltung des Rüstendampfers in „Amerun“ auf den dortigen Kohlestat zu verweisen, wurde abgelehnt. Das ganze Ordinarium des Marine-Etats ist von der Mehrheit der Commission bewilligt worden bis auf einen Abstrich von 5 neuen Geoffizieren. Fernere Angaben bei den Positionen Artillerie, Torpedo- und sonstiges Waffenwesen wurden als vertraulich bezeichnet und entsprechend von der Commission als discret entgegengenommen.

Zur Hilfsexpedition für Emin. Der Berichterstatter des „Newyork Herald“ in Zanibar telegraphirt unter dem Datum des 12. November: Ich bringe Stanley und Emin Pascha alle nötigen Dinge. Stanley genießt bekanntlich keine geistigen Getränke. Ich habe Chinin, Kaffee, Thee, Tabak und Wein für die Beiden und ihre Leute. Hauptmann Wissmann unterstützt mich gemäß den Befehlen der deutschen Regierung in einer Weise, welche meine kühnsten Erwartungen übersteigt. Ich werde 50 Träger mitnehmen. Darf ich aber, damit wir ebenso viel bekommen, als die deutsche Regierung uns stellt, weitere 50 mitnehmen? In diesem Fall brauche ich Fahr. — mehr.

Antifemittisch-carlellparteiliche Verdrüderung. Die innige Verdrüderung der Antifemittisten mit den Conservativen und Carlellparteilichen tritt bei den jetzigen Stadtverordnetenwahlen in Berlin deutlicher als je hervor. So hielt im deutschen Bürgerverein der Südluisenstadt der Vorsitzende des deutschen Antifemittistenbundes, Dr. Haberlein, als designirter Carlellcandidat einen Vortrag über „die Wirtschaft des jüdisch-christlichen Rings“. Im conservativen Bezirksverein der Prenzlauer Vorstadt trat Dr. Böckel in höchstgelegener Person auf. Als ein Herr Schellathke es undegreiflich fand, daß man Herrn Böckel hier habe sprechen lassen, wurde aus der Mitte der Versammlung ein Hoch auf Herrn Böckel ausgebracht.

Der Consum von Pferdefleisch. Das freilich wieder vielfach unter falscher Flagge in den Handel kommt, nimmt in Berlin wie auswärts ganz erstaunlichen Umfang an. In Berlin werden täglich große Massen von Pferden eingeführt, welche in Auspannungen und Gasthöfen, besonders in der Gressenwalder Straße an Händler und Koffschlächter meistbietend verkauft werden.

[Am Osthore des Berliner Rathhauses] werden in allernächster Zeit die beiden großen Bronzeplatten mit den Reliefbildnissen des früheren Oberbürgermeisters Hohrecht und des jetzigen Oberbürgermeisters v. Fockendach angebracht werden.

Stuttgart, 14. November. Ministerpräsident v. Mittnacht ist heute Abend nach Berlin abgereist, um an den Verhandlungen des Bundesraths theilzunehmen.

Oesterreich-Ungarn. Triest, 14. November. Der Vertreter des Statthaltereileiters, Hofrath Reza, sowie der Präsident der Seehörde, Baron Alber, und der Bürgermeister Bajoni erwiderten heute den Besuch des Commandanten des deutschen Geschwaders, Capitän v. S. v. Reiche. (W. I.)

Pola, 14. November. Der Prinz Heinrich von Preußen ist an Bord der Kreuzercorvette „Irene“ heute hier eingetroffen. Nach dem Flaggen Salut legten sämtliche Schiffe große Flaggengala mit der deutschen Flagge am Großtopf an. Die Erzherzöge Leopold und Karl Stefan begaben sich zur Begrüßung an Bord der „Irene“, wo auch der Kaptenadmiral Baron Pinner an Stelle des erkrankten Admirals v. Sternke erschienen war. Der Prinz Heinrich landete darauf am Franz-Josef-Corvo, wo eine Ehrencompagnie mit dem Marine-Musikcorps aufgestellt war und wo der Prinz die Vorstellung der Admirale, der Stabs-offiziere, der Marinegesellschaft, der Beamten, des Bezirkshauptmanns und des Bürgermeisters entgegennahm. Später stattete der Prinz den Erzherzögen Leopold und Karl Stefan einen Besuch ab und nahm am Abend an einem Familiendiner bei dem Erzherzog Leopold theil.

Frankreich. Paris, 14. November. [Deputirtenkammer.] Bei der heute begonnenen Bornahme der Wahlprüfungen wurden etwa 150 Wahlen, die nicht angefochten waren, für gültig erklärt. (W. I.)

Italien. Turin, 14. Novbr. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute wieder abgereist. Der Herzog und die Herzogin von Kosta gaben denselben bis zum Bahnhofe das Geleite. (W. I.)

Afrika. Zanibar, 14. Novbr. Der englische Generalconsul Portal ist an Bord des englischen Anonenboots „Pigeon“ heute von hier abgereist. (W. I.)

Von der Marine.

Die Kreuzercorvette „Irene“ (Commandant Capitän v. S. Prinz Heinrich von Preußen) ist am 14. Novbr. cr. von Benedig nach Pola abgegangen und wird von dort am 19. d. Mts. wieder in See gehen.

Triest, 14. Nov. Vice-Admiral Frhr. v. Wipplinger und Divisionär Generalmajor v. Probst erwiederten gestern an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ den Besuch des Capitän v. S. v. Reiche. Der gestrige Opernvorstellung in Politeama Roketti wohnten die Commandanten der Schiffe des deutschen Geschwaders in der Loge des Bürgermeisters bei.

Am 16. Novbr.: Danzig, 15. Nov. D. A. 11.46. S. 8.730. U. 3.59. Danzig, 15. Nov. D. A. 11. bei Tage. Wetterausblick für Sonnabend, 16. Novbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wollig mit Sonnenschein, meist bedeckt, Niederschläge; kalte Luft vielfach, neblig; lebhaftes Winde, stark bis stürmisch in den Küstengegenden.

Für Sonntag, 17. November: Wollig, zeitweise Sonnenblicke, meist bedeckt, trübe; Niederschläge (vielfach Schnee). Kalter dicker Nebel, kalter lebhafter Wind. Starke bis stürmische Winde in den Küstengegenden. Vielfach Nachfröste, Reif bei Aufklarung.

Für Montag, 18. November: Trübe, nachhalt, Sonnenblicke; dicker Nebel, Niederschläge (vielfach Schnee); lebhafter kalter Wind Nachts Frost und Reif bei Aufhellung. Starke bis stürmische Winde in den Küstengegenden.

Für Dienstag, 19. November: Wollig mit Sonnenschein, vielfach trübe; Nebel, kalt, Niederschläge (vielfach Schnee). Windig, Nachts und früh Frost und Reif bei Aufklarung. Lebhaftes Winde in den Seegebieten.

[Aresttagswahlen.] Zur Wahl der Aresttagsabgeordneten aus dem Wahlverbande der größten Grundbesitzer des Kreises „Danziger Niederung“ ist Termin auf Freitag, den 29. November, Vormittags, im Sitzungssaale des Aresthauses hier selbst anberaumt worden. — Die Wahl im Verbande der Landgemeinden wird einige Tage vorher vorgenommen.

[Bemerkung der Dampfschiff-Rhederei.] Der im Jahre 1883 in Holland erbaute, bisher unter holländischer Flagge gefahrene Schraubendampfer „Echo“ (incl. Bunkerkohlen 1400 Tons Ladegewicht enthaltend) ist von der Danziger Schiffsfahrts-Actiengesellschaft für ihre hiesige Rhederei angekauft worden. Die Führung des Schiffes unter deutscher Flagge wird auf Capitän Hoppe, den bisherigen Führer des Danziger Dampfers „Artushof“, übergehen.

[Neue Postanstalten.] Am 16. November treten in Neuenhufen (Danziger Niederung) und Wisenwald (Ar. Pr. Stargard) Posthilfsstellen in Wirksamkeit, welche mit dem Postamt in Danzig bzw. der Postagentur in Bobau durch den Landbriefträger zu Fuß in Verbindung gesetzt werden.

[Personalien bei der Ostbahn.] Der Stationsvorsteher 2. Klasse Stok in Ronitz ist zum Stationsvorsteher 1. Klasse, die Stations-Diätäre Kämmeler in Aliva und Vorbusch in Thorn sind zu Stations-Assistenten ernannt. Regierungsbaumeister Oppermann von Mogilno nach Berent versetzt.

[Lebensrettung.] Die uns gestern auf Grund der Aussage von Augenzeugen gemachte Meldung über die Rettung des bei der Mattenbühener Brücke in die Weichsel gefallenen Anecht's hat in Bezug auf die Person des Retters einen Irrthum enthalten, wie aus folgender Mittheilung des Herrn Dr. Goldschmidt hervorgeht, welche wir heute empfangen: „Die Thätigkeit bei dem in der gestrigen Nacht geschehenen Unfall beschränkt sich einzig und allein darauf, daß ich, hinzugerufen, an dem von anderer Seite über dem Wasser gezogenen und in eine Destillation auf Mattenbühnen geschaffenen Anecht A. die von Erfolg begleiteten Wiederbelebungsversuche anstellte. Allem übrigen stehe ich gänzlich fern.“

[Danziger Jagd- und Reiter-Verein.] Morgen, den 16. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, Sammelort zur Jagd Nordausgang von Neu-Schottland.

[Vorleseabend.] In Stelle des verstorbenen langjährigen Mitordneters des hiesigen Hospitals St. Gertrud Hrn. A. Laubmeyer ist Herr Kaufmann Philipp Albrecht zum hiesigen Magistrat zum Mitvorsteher des genannten Hospitals erwählt worden.

[Gewerbereien.] Im Gewerbeverein hielt gestern Abend Herr Uhrmacher Preuß einen Vortrag über die Uhren der ältesten Zeiten und über die astronomische Uhr in der Marienkirche zu Danzig. Die ältesten Uhren seien die Sonnenuhren gewesen, denen sich bald Wasser-

und Sanduhren angeschlossen hätten. Wenn auch die Herstellung der Wasseruhren, wie der Vortragende durch die Beschreibung mehrerer berühmter Kunstwerke erläuterte, eine große Kunstfertigkeit beweise, so sei die Uhrmacherkunst erst durch die Erfindung der Räderuhren mit Schlagwerken, welche zum ersten Male im Jahre 1120 in den Ordensregeln der Cistercienser erwähnt werden, in den Stand gesetzt worden, ein genau wirkendes Instrument zum Messen der Zeit herzustellen. Der Vortragende ging nun auf die künstlichen Uhren des Mittelalters ein und wies nach, daß die Schwierigkeit einer Reparatur derselben nicht auf ihrer complicirten Construction, sondern auf der mangelhaften Arbeit beruhe. Zu den künstlichsten Uhren gehörte auch die in der Zeit von 1464 bis 1470 vom Meister Dühringer erbaute astronomische Uhr in der Marienkirche zu Danzig. Nach einem noch heute erhaltenen Vertrage hat der Rath dem Meister 6 holländische Gulden Feinsilber und für den Bau 393 Mk. geringes Geldes gezahlt. Nach Vollendung des Kunstwerkes erhielt Meister Dühringer ein jährliches Gehalt von 24 Mk. und für sich und seine Erben ein Grundstück in der Hell-Geißgasse. Auch diese Uhr verfiel schon nach 60 Jahren, und da die Reparatur sehr kostspielig war, so sind mehrfach neue Werke beschafft worden. Durch die Einführung des gregorianischen Kalenders verloren auch die auf dem alten julianischen Kalender beruhenden astronomischen Angaben ihre Bedeutung. Aus einer ausführlichen Beschreibung der Uhr, welche noch erhalten ist, geht hervor, daß die Stunden von zwei Adam und Eva vorstellenden Figuren geschlagen wurden. Zwischen ihnen, etwas erhöht, stand eine den Teufel darstellende Figur mit Hörnern und Pferdefüßen und einer Fische in der Hand. So bald bei dem Stunden-schlagen Christus mit den Aposteln sich über das Zifferblatt bewegte, wurde der letzte derselben, her den Judas Ischariath darstellte, von der Teufelsfigur gepörselt. Der Vortragende ging sodann zu der Anfertigung der Taschenuhren über und schilderte die hervorragenden künstlerischen Leistungen der alten Meister. Durch den Umstand, daß die Herstellung der Uhren mehr und mehr in Fabriksbetriebe erfolgte, ging das alte Kunsthandwerk zu Grunde. Zum Schluß theilte Hr. Maternmeister Schül mit, daß die Bilder-Mustersammlung, deren Errichtung auf dem letzten Gewerbe-tage beschlossen wurde, in 4 bis 6 Wochen in einem von dem Magistrat zur Verfügung gestellten Zimmer der ehemaligen Schülerschule in der Jopengasse eröffnet werden würde.

[Populäre Symphonie-Concerte.] Dem Scheitern der für diesen Winter geplanten großen (theuren) Symphonie-Concerte verdankten gestern die wieder sehr zahlreichen Besucher der populären Donnerstags-Concerte die Vorführung einiger interessanter Werke neuerer Meister, welche für jene vornehmeren Musik-abende in Aussicht genommen war. Sie hatten außerdem den Vortheil, daß sie den doppelten Fleiß der freibaren Kapelle und ihres kunstfertigen Dirigenten Herrn Theil ernteten. Im Vordergrund des Interesses stand die große Raffische Symphonie, welcher Bürgers bekannte Ballade „Lenore“ als Grundstoff dient. Die Theilsche Kapelle führte sie gestern zum ersten Male auf und es erforderte rühmlichste Anerkennung, wie sie dieselbe gab. Das Publikum bewies durch seine gespannte Aufmerksamkeit und seine lebhaften Beifallsbezeugungen, wie sehr es solche musikalisch hochwertigen Gaben zu schätzen weiß. Vor allem fanden das melodische Kargheit und der prächtig illustrirende Schlußsatz dankbare Aufnahme. Als Novität (für sein Programm) führte uns das Orchester an seinem gestrigen — Ehrentage, möchten wir sagen, ferner das schwierige „Waldben“ aus Richard Wagners „Nibelungen“ (Giegfried, vor. Auch die Mendelssohn'sche Fun-Blas Duverture wurde mit Schwung und Feuer executirt und bei der anmuthigen, netzlichen Streich-Serenade von Handn wurde Wiederholung begehrt und bereitwillig gewährt. Dem Schluß-Theile, der ein Virtuositätstücken des Solotrompeters und ebenfalls einige neue Compositionen leichten Kalibers verhielt, konnte Referent nicht mehr beiwohnen.

[Veränderungen im Grundbesitz] in der Stadt und deren Vorstädten haben stattgefunden: A. Durch Verkauf: 1. Böttchergasse Nr. 21 von der Wittwe R. M. Schmitz an die Wittve M. F. Barth für 20 250 Mk.; 2. Canggarien Nr. 97 von dem Kaufmann G. C. Ziehm und dem Mühlenbesitzer D. F. M. Ziehm — letzterer in Güntherhof bei Aliva wohnhaft — an den Fabrikmeister R. Föblich für 117 000 Mk.; 3. Junkergasse Nr. 1 von der Wittve M. Sanio an die Rentier Herberich'schen Eheleute für 10 000 Mk.; 4. Langfuhr Nr. 24a von den Apotheker Prinnow'schen Eheleuten an die Apotheker Grecker'schen Eheleute für 135 000 Mk., wovon 115 000 Mk. auf das Grundstück und die Apothekergerechtigkeit und 20 000 Mk. auf das Waarenlager gerechnet sind; 5. Schildlich Blatt 100 von dem Rentier J. G. Bonk an die Maurergesell Wiebe'schen Eheleute für 1200 Mk.; 6. Stadtgebiet Blatt 86 von den Seefahrer Giede'schen Eheleuten an die Fleischermeister Füllbrand'schen Eheleute für 9000 Mk.; 7. 11. Neugarten Nr. 931 von dem Schuhmachermeister Kurowski'schen Eheleuten an den Kaufmann D. Alter für 9000 Mk.; 8. Große Bäckerstraße Nr. 2 von dem Besitzer A. Jörn in Schüdelbau an den Bäckermeister F. Kühn für 23 360 Mk.; 9. Jopengasse Nr. 12 von dem Kaufmann Reiske'schen Eheleuten an die Frau Rosa F. Barth für 72 500 Mk.; 10. Röpbergstraße Nr. 4 von der Wittve M. F. Barth an die Eigenthümer Braun'schen Eheleute für 13 200 Mk.; 11. Junkergasse Nr. 7 von dem Eigenthümer C. A. Enaib an die Rentier Eberich'schen Eheleute für 52 500 Mk.; 12. Sandgrube Blatt 80 und 81 von dem Rentier H. Schulz an den Eigenthümer H. C. Bielau für 21 000 Mk.; 13. Leggtrief Nr. 6 von den Gastwirth Klauer'schen Eheleuten an den Destillateur J. Aoterski für 19 500 Mk.; 14. Rähm Nr. 13 und 14 von dem Kaufmann E. A. Wolff an die Restaurateur Regel'schen Eheleute für 36 000 Mk.; 15. Jopengasse Nr. 69 von der Commandantgesellschaft S. Bartels u. Co. an den Kaufmann F. Jajans für 35 000 Mk.; 16. Ein Treppchen des Grundstücks Große Serbergasse Nr. 5 von dem Oberbürgermeister v. Winter an die Kaufleute Escher und J. Holt für 450 Mk. B. Durch Erbgang: 17. Canggarien Nr. 5/6 nach dem Tode des Fuhrmanns G. H. Schamke auf dessen hinterbliebene Wittve, 18. Heiligenbrunnenweg Nr. 2 nach dem Tode des Gärtners C. F. Jeschke auf dessen hinterbliebene Wittve und seinen Sohn F. C. Jeschke, 19. Stadtgebiet niedere Seite Nr. 30 und Nr. 31 nach dem Tode des Tischlermeisters G. R. Schulz auf dessen Sohn, 20. Gasperstraße Nr. 6 nach dem Tode des Eigenthümers S. Hartung auf dessen hinterbliebene Wittve und die 4 Geschwisterkinder des Erblassers zum Eigenthum übergegangen. C. Durch Subhastation: 21. Langermarkt Nr. 11 und Sunberggasse Nr. 88 und Nr. 89 erstanden von der Frau Emma Weiter, geb. Wittmaach, und der Frau Alwine Brahe, geb. Wittmaach, beide in Alva a. R. wohnhaft, für 160 000 Mk.; 22. Pöggensfuhr Nr. 20 erstanden von der Wwe. M. Müller für 9610 Mk.; 23. 2. Neugarten Blatt 126 erstanden von dem Kaufmann Gustav Claassen für 7010 Mk.; 24. Schildlich Nr. 49 und 51 erstanden von dem Kaufmann G. Claassen für 25 150 Mk.; 25. Langfuhr Nr. 1 b erstanden von dem Danziger Hypotheken-Verein zu Danzig für 4500 Mk.

[Ordnungen-Aenderung.] Durch allerhöchsten Erlaß vom 5. Oktober d. J. ist der jetzige Name des im Kreise Schwet gelegenen Ritterguts Dombrowko in „Eichenhorst“ umgewandelt worden.

r. Marienburg, 14. November. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden in der I. Abtheilung gewählt Kaufmann J. Koh, Kaufmann Citron sen., Kaufmann Nehring, Kaufmann D. Zimmermann und als Ersatz Bankdirector Witke; in der II. Abtheilung Atemperemeister Sperling, Kaufmann G. Bock, Rentier D. Monath, als Ersatz Rentier v. Seddeman. Zwischen Rentier D. Warentin und Kaufmann H. Flater findet Stichwahl statt, da keiner der beiden die Majorität erhielt. Die III. Abtheilung wählte

Züchterschullehrer Flügel, Bürstenfabrikant D. Jahn, Uhrmacher Borkowski und Bäckermeister Canbill. In diefem Ar. Stühm hat sich ein neuer landwirthschaftlicher Bauernverein gebildet. Thron, 14. Nov. Ueber die Züchtung eines Wildziebes melden die hiesigen Blätter im wesentlichen übereinstimmend: In der städtischen Forst bei Olch wurde neuerdings häufig Wild durch Aufstellung von Schlingen weggefangen. Dem Hilsförster Neiperi zu Olch war deshalb erhöhte Aufmerksamkeit anempfohlen worden. Gestern fand N. wieder eine Anzahl Schlingen gelegt und stellte sich zur Ueberwachung derselben auf die Lauer. Als er sich einer solchen Schlinge näherte, sah er einen Mann mit dem Aussehen einer Fährde befaßigt. N. schickte herzu und suchte den Wildzieb zu fesseln. Hierbei entstand ein Handgemenge, in welchem der Hilsförster unter Anwendung seines Hirschjägers Siegel blieb. Als er sich von dem scheinbar ermatteten Wildzieber aufrichtete, um seine seitwärts stehende Flinte zu holen, sprang letzterer plötzlich auf und entließ. Neiperi lief, nach seiner Angabe, mit der Flinte in beiden Händen, deren Lauf nach vorn gerichtet war, hinterher, als plötzlich sich das Gewehr entlud, die Ladung den Wildzieber traf und ihn so schwer verwundete, daß er bald darauf starb. Der Wildziebe wurde als der vielfach vorbestrafte, erst im September aus dem Gefängniß entlassene Arbeiter Ludwig Duschek aus Pieschen erkannt. — Die hiesige Jagdsammelkammer hat beschlossen, an den Reichstag die Bitte zu richten, in das neue Reichsgesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß bei allen Reichsbankstellen Banknoten der Privatbanken in Zahlung genommen werden.

Elft, 15. Novbr. Der vom hiesigen Schwurgericht vor wenigen Wochen sammt seiner dritten Ehefrau zum Tode verurtheilte Besitzer Weber aus Osnabrück hat sich in seiner Gefängnißzelle an einem in Streifen zerschnittenen Handtuch erhängt. Weber hatte, wie bereits mitgetheilt, seine zweite Ehefrau mit Hilfe seiner damaligen Geliebten durch Arsenik vergiftet.

Vermischte Nachrichten.

Ganau, 14. Nov. Heute Mittag wurden im Trochenhaus der hiesigen Pulverfabrik durch eine Explosion von Schießbaumwolle mehrere Arbeiter getödtet und eine größere Anzahl verwundet. Die Zahl der Toten wird auf 8, die der Verwundeten auf 28 angegeben.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. November. (Privattelegramm.) Die Budgetcommission des Reichstages bewilligte jammliche Schiffbauten, außer denen des Panzerfahrzeugs „S.“, einer Kreuzercorvette und des Aufz. „H.“.

Die betreffende Commission nahm die ersten 9 Artikel des alten Socialistengesetzes an.

Konstantinopel, 15. Novbr. (W. I.) Die Regierung erließ folgende Rundmachung: „Die Unterthanen des Sultans ohne Unterschied der Stände gaben durch ihre außerordentlich ehrfurchtsvolle und sympathische Haltung gegenüber den deutschen Majestäten während des Aufenthaltes derselben in der Hauptstadt einen neuerlichen Beweis ihrer Treue und Ergebenheit für den Sultan. Auch der Sultan ist von der loyalen Haltung der Bevölkerung höchst befriedigt.“ Der deutsche Botschafter Radowitz richtete nachstehendes Schreiben an den Großvezir: „Anlässlich des Besuchs des deutschen Kaiserpaars haben alle Civil-, Militär- und Municipalbehörden getheilt, den deutschen Majestäten den Aufenthalt so angenehm als möglich zu gestalten. Auch die Bevölkerung Konstantinopels ohne Unterschied des Culus und der Pace gab durch ihre respectvolle und sympathische Haltung einen neuerlichen Beweis der Ergebenheit für ihren Souverän, indem sie trotz der ungeheuren Menschenansammlungen jedesmal, so oft die deutschen Majestäten öffentlich sich zeigten, vollkommen Ordnung aufrecht erhielt. Ich erachte es demnach als meine Pflicht, durch Vermittlung Ew. Hoheit allen kaiserlichen Behörden sowie den Behörden der Stadt, welche in so ausgedehntem Maße beigetragen haben, den Glanz der denkwürdigen Tage des Besuchs der deutschen Majestäten zu erhöhen, die Gefühle der Dankbarkeit auszudrücken, welche die gesamte deutsche Nation für das ottomanische Kaiserreich befehlen.“

Börten-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 14. Novbr. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Balis 88 1/2 Rendement, neue Uance f. a. B. Hamburg, per Novbr. 11 67 1/2, per Debr. 11 77 1/2, per März 12 22 1/2, per Mai 12 5 1/2. Flau. Hamburg, 15. Novbr. Kaffee. Good average Santos per Novbr. 83 1/2, per Debr. 84 1/2, per März 77 1/2, per Mai 76 1/2. Unregelmäßig. Hamburg, 14. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco fester, mehlensburger loco neuer 170—175, ruff. loco fester, mehlensburger loco neuer 170—175, ruff.

Berliner Fondsbörse vom 14. November.

Deutsche Fonds.		Ruff. 3. Orient-Anleihe		Cottener-Anleihen	
Deutsche Reichs-Anleihe	107.90	do. 5. Anleihe	68.00	Bab. Bräm.-Anl. 1867	143.60
do. do.	102.10	do. do. Anleihe	97.75	Bair. Bräm.-Anleihe	146.10
Konigsbrunn-Anleihe	106.20	Ruff. Dom. Schuld.-Vbl.	57.50	Braunsch. Br.-Anleihe	108.80
do. do.	102.30	Ruff. Staatsb.-Vbl.	57.50	Bomb. Bräm.-Anleihe	112.60
Staats-Schuldversch.	100.00	Valianische Rente	93.60	Hamburg. Bräm.-Anleihe	109.40
Schlesw.-Holst. Oblig.	100.00	Rumanische Rente	101.30	Hamb.-Mild. Br.-Anleihe	142.10
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00	do. do. Amort.	93.40	Hamb.-Mild. Br.-Anleihe	135.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00	do. do. 1868	97.35	Dessau. Rente 1854	135.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00	Serbische Gold.-Vbl.	88.75	do. do. 1858	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00	do. do. Rente	84.50	do. do. 1862	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00	do. do. neue Rente	84.80	do. do. 1868	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1874	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1880	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1886	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1892	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1898	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1904	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1910	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1916	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1922	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1928	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1934	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1940	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1946	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1952	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1958	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1964	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1970	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1976	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1982	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1988	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 1994	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2000	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2006	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2012	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2018	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2024	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2030	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2036	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2042	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2048	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2054	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2060	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2066	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2072	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2078	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2084	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2090	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2096	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2102	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2108	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2114	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2120	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2126	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2132	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2138	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2144	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2150	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2156	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2162	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2168	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2174	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2180	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2186	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2192	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2198	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2204	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2210	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2216	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2222	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2228	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2234	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2240	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2246	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2252	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2258	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2264	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2270	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2276	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2282	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2288	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2294	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2300	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2306	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2312	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2318	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2324	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2330	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2336	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2342	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2348	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2354	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2360	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2366	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2372	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2378	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2384	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2390	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2396	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2402	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2408	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2414	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2420	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2426	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2432	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2438	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2444	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2450	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2456	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2462	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2468	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2474	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2480	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2486	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2492	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2498	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2504	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2510	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2516	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2522	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2528	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2534	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2540	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2546	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2552	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2558	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2564	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2570	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2576	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2582	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2588	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2594	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2600	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2606	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2612	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2618	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2624	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2630	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2636	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2642	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2648	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2654	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2660	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2666	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2672	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2678	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2684	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2690	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2696	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2702	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2708	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2714	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2720	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2726	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2732	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2738	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2744	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2750	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2756	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2762	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2768	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2774	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2780	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2786	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2792	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2798	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2804	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2810	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2816	122.50
Preuss. Bräm.-Anleihe	100.00			do. do. 2822	122.50

